

Protokoll der neunten Sitzung des 32. Studierendenparlaments der Uni Bielefeld vom 12.04.06

TOP 1: Begrüßung und Formalia

a. **Martin Isbruch** (ghg*ol, StuPa-Vorsitz) begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung um 19:25 Uhr.

Anwesend sind: (siehe Anlage)

b. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt, da 17 von 29 Mitgliedern anwesend sind. Zudem ist ordnungsgemäß eingeladen worden.

c. Wahl einer/s ProtokollantIn:

Christian Osinga (Kompass, StuPa-Vorsitz) fragt **Stefan Bröhl** (THG), ob dieser das Protokoll schreiben würde. Angesichts keiner anderen Interessierten sowie keiner Widerrede ist damit Stefan Bröhl zum Protokollanten gewählt.

d. Feststellung der Tagesordnung:

Stefan Bröhl erkundigt sich, was aus den beiden Tagesordnungspunkten geworden sei, die auf der letzten StuPa-Sitzung vertagt worden seien. Falls es neue Informationen bezüglich dieser Punkte gebe, sollten die Punkte wieder aufgenommen werden. Sollte allerdings nichts Neues in Erfahrung gebracht werden sein, teile er die Ansicht des StuPa-Vorsitzes, die TOPs nicht wieder auf die Tagesordnung zu bringen. Er fragt also die Mitglieder des AStA und der Uni-Lehrkommission, ob sie dazu bitte kurz Auskunft geben können.

Janosch Stratemann (AStA-Vorsitz, ghg*ol) teilt mit, dass es noch keine weitere Sitzung der Organisationsentwicklungskommission gegeben habe, er allerdings mit Fr. Davy schon ein Gespräch u.a. bezüglich der im StuPa geäußerten Bedenken geführt habe, und sich diese damit befassen wolle.

Thomas Siebenmorgen (LeKo-Mitglied, UNIted) kann zwar etwas Neues zur Sache ekvv und Raumvergabe berichten, allerdings könne er dies auch im TOP Berichte aus den Kommissionen tun.

Aufgrund der allgemeinen Meinung, dass die beiden Tagesordnungspunkte damit nicht aufgenommen werden müssten, wird die vom StuPa-Vorsitz vorgeschlagene Tagesordnung zur Abstimmung gestellt.

Damit ist die Tagesordnung wie folgt beschlossen:

TOP 1: Formalia

a) Begrüßung

b) Feststellung der Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäßen Einladung

c) Wahl einer Protokollführerin/ eines Protokollführers

d) Feststellung der Tagesordnung

TOP 2: Protokollgenehmigungen

- Protokoll der 7. Sitzung des 32. StuPa (Protokollant: Jan-Hendrik Terstegge)
- Protokoll der 8. Sitzung des 32. StuPa (Protokollant: Hannes Oenning)

TOP 3: Gäste

TOP 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

TOP 5: Bericht des AStA

TOP 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

TOP 7: Bestätigung der Satzung des Autonomen Referates für Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen (RSB)

TOP 8: Bestätigung der Wahl der ReferentInnen des RSB

TOP 9: Aktueller Stand der Verhandlungen zum Semesterticket

TOP 10: Änderung der Wahlordnung

TOP 11: Allgemeine Studiengebühren („Studienbeiträge“) an der Universität Bielefeld

TOP 12: Stellungnahme zum Hochschulfreiheitsgesetz

TOP 13: Behinderung der Arbeit des Studierendenparlaments durch das Rektorat

TOP 14: Anträge

TOP 15: Sonstiges

TOP 2: Protokollgenehmigungen

Die Protokolle der 7ten und 8ten Sitzung liegen im Entwurf vor. Es scheint allerdings keine Anmerkungen und Kommentare zum Protokoll der 7ten Sitzung zu geben, also stellt der StuPa-Vorsitz dieses zur Abstimmung.

Damit ist das Protokoll in dieser Form verabschiedet.

Zum Protokoll der 8ten Sitzung bringt **Stefan Bröhl** folgende Änderungsvorschläge und Anmerkungen vor:

Seite 4, TOP 4, Satz 1:

Ersetze „StuPa-News“ durch „StuPa-Homepage“.

Seite 6, TOP 6, Absatz 4, Satz 2:

Ersetze „freiwilliger Zusammenschluss von Studierendenschaften“ durch „freier Zusammenschluss von StudentInnenschaften“.

Seite 6, TOP 6, Absatz 5, Satz 1:

Ersetze „Kontakte auf internationaler und internationaler Ebene“ durch „Kontakte auf nationaler und internationaler Ebene“.

Der Protokollant **Hannes Oenning** ist anwesend und übernimmt diese Änderungen. Da es keine weiteren Äußerungen zum Protokoll gibt, stellt der Stupa-Vorsitz das Protokoll mit Änderungen zur Abstimmung:

Damit ist das Protokoll in dieser Form verabschiedet.

TOP 3: Gäste

keine

TOP 4: Bericht des StuPa-Vorsitzes

Die Satzung der Studierendenschaft in ihrer neuen Fassung ist in den Amtlichen Bekanntmachungen der Universität veröffentlicht worden.

Auf der Homepage des StuPa (<http://www.stupa.de/>) wurde ein neuer Login-Bereich eingerichtet, der der Vernetzung der Gremientätigen in Studierendenschaft und Hochschule dienen soll. Dieser ist passwortgeschützt. Ziel ist es, Protokolle und Berichte einzustellen, um so einen besseren Transfer von Wissen und Transparenz von Vorgängen zu erreichen. Ein account kann über eine Anmeldung auf der Seite angefordert werden.

TOP 5: Bericht des AStA

Johannes Geuter (Sozialreferat, ghg*ol) berichtet, dass bei den Sozialdarlehen die Niederschlagung aussichtloser Außenstände (verstorben, nicht mehr auffindbar) vorbereitet und bald durchgeführt wird. Zudem arbeite er an einem Konzept für eine neue Verwaltungssoftware für die Sozialdarlehen, da die alte Software nicht gut handhabbar sei und es dort dringlichen Verbesserungsbedarf gebe. Auch habe er Ilka (die die Sozialdarlehensberatung durchführt) während der vorlesungsfreien Zeit vertreten.

Auch helfe er bei der Organisation des festival contre le racisme und habe an der Auditierung des Projekts „Familie und Hochschule“ zusammen mit Jan Binder teilgenommen.

Martin Mennacher (Sozialreferat, JuSo HSG) berichtet, dass der Bereich „Soziales“ auf der AStA-Homepage von ihm überarbeitet worden ist, da eine Neuordnung aufgrund der Komplexität und Anzahl der Informationen (Studium mit Kind, Studium mit Behinderung, Studienfinanzierung, GEZ, Bafög, etc.) notwendig gewesen sei.

Außerdem berichtet er, dass die KfW (Kreditanstalt für Wiederaufbau) ab dem 1. April Studienkredite anbietet. Dazu habe das Sozialreferat eine Stellungnahme erarbeitet, die auch auf der Homepage veröffentlicht sei.

Suzana Elizalde (AStA-Vorsitz) berichtet zuerst stellvertretend für Benni Stiesch, der heute leider nicht anwesend sein kann, aus dem Öffentlichkeitsreferat. Benni hat einen schriftlichen Bericht verfasst, den sie verliest. So wirft er die Frage auf, ob das nächste StiB noch vom jetzt amtierenden AStA produziert werden sollte, da der nächste AStA dies direkt zu Beginn der Amtszeit als eine der ersten Aufgaben zu bewältigen habe.

Es sei zudem reichlich Pressearbeit rund um die Einführung allgemeiner Studiengebühren gelaufen. Zudem hat er Artikel hierzu in seinem Referat archiviert. Begleitend zur Urabstimmung soll es eine „provinz spezial“ geben, eine reguläre provinz soll ca. 2 Wochen später veröffentlicht werden, und eine weitere zur nächsten Wahl zum Studierendenparlament.

Dann berichtet Suzana von ihrer Arbeit. So soll eine Studie zur ökonomischen und politischen Lage der Studierenden an der Universität Bielefeld erstellt werden, dazu

wurden Fragebögen erstellt und verteilt.

Auch gab es ein Turnusgespräch zwischen AStA, Rektorat und AAA bezüglich der Lage der internationalen Studierenden, vor allem vor der Hintergrund der Einführung von allgemeinen Studiengebühren. Dabei wurde die Einführung von unechten Stipendien diskutiert, als Möglichkeit, eine Kreditvergabe auch an nicht-deutsche Studierende zu ermöglichen. Dabei würde die Universität den internationalen Studierenden jeweils pro Semester einen Kredit von 500 Euro anbieten, die diese dann nach Abschluss ihres Studiums wieder zurückzahlen würden. Am 24.04. findet das nächste Turnusgespräch statt.

Abschließend berichtet Suzana für Christian Vouffo aus dem Referat Internationalismus und Frieden. Eigentlich wollte Christian heute abend anwesend sein, er habe sich aber kurzfristig entschuldigen müssen. Deshalb teilt Suzana mit, dass Christian zurückgetreten sei und seine Rücktrittserklärung. So erklärt er, dass er aus persönlichen Gründen zurücktrete, da er die Stelle unterschätzt habe und sich dem Arbeitsumfang und der damit verbundenen Aufgabe nicht gewachsen sehe. Dies werde vom AStA bedauert, fügt Suzane hinzu.

Vanessa Kleinekathöfer (Finanzreferat, ghg*ol) berichtet, dass sie sich neben dem Alltagsgeschäft vor allem mit der Abschreibung der Sozialdarlehen beschäftigt habe sowie mit dem Rechnungsergebnis des Haushaltsjahrs 2005, wobei hier die Sozialdarlehen viel Arbeit bereitet hätten. Abschließend wolle der AStA auf der Homepage eine Job- und Wohnungsbörse einrichten.

Hierzu fragt **Martin Isbruch**, ob eine solche Börse sinnvoll sei? Schließlich würde dieser „Markt“ schon von professionellen Anbietern abgedeckt, warum also eine Dopplung durch den AStA?

Johannes Geuter entgegnet, dass immer wieder derartige Angebote und Gesuche beim AStA eingehen, aber es keinen geeigneten Ort gebe, wo diese präsentiert werden könnten.

Vanessa Kleinekathöfer fügt hinzu, dass zudem durch die Umgestaltung der entsprechenden Hallen-Pinnwände zusätzliche Angebote und Gesuche hinzukommen würden.

Christian Osinga möchte wissen, ob diese Angebote geprüft werden. Denn es gebe eine nicht zu vernachlässigende Anzahl von unseriösen Angeboten (er zählt einige Beispiele auf), da wäre eine ungeprüfte Veröffentlichung und Weitergabe nicht verantwortungsbewusst.

Jan Binder (UNlited, Sachbearbeiter HoPo-Referat) ist zwar auch skeptisch, allerdings könne sich der AStA durch einen Haftungsausschluss da rausziehen.

Thomas Siebenmorgen (UNlited) meint, dass soziale Standards unbedingt geprüft werden sollten.

Johannes Geuter erkennt an, dass es natürlich unseriöse Angebote gebe, da sei in der Vergangenheit alles Offensichtliche rausgeschmissen worden.

Johannes Müller (ghg*ol) fragt, ob eine Kooperation mit dem Arbeitsamt angedacht

sei.

Jens Hellmann (ghg*ol) betont, dass eine Plattform im Internet vor allem für Auswärtige enorm wichtig sei, da diese dann schon vor Anreise Wohnungen suchen könnten.

Nach diesem Meinungsaustausch berichtet **Anna Nighbur** (Kulturreferat, ghg*ol) vom Stand der Planungen des festival contre le racisme. Geplant seien Workshops, Kulturveranstaltungen und Vorträge, u.a. ein Kinoabend und ein Bandfestival. Auch sei die Ausstellung „Schlagzeilen und Brandsätze“ vom Welthaus schon für die Veranstaltungswoche für die zentrale Uni-Halle gebucht worden.

Durch Flyer und Werbung werden noch Interessierte an der Mitwirkung gesucht, es gibt jeden Freitag um 12 Uhr ein Treffen der Interessierten im AStA.

Ron Hülskötter (HoPo-Referat, ghg*ol) berichtet, dass die Raumsuche für das RSB auf Hochtouren laufe, allerdings stehen noch Gespräche mit allen autonomen Referaten und der Uni-Verwaltung aus. Konzepte seien erarbeitet worden, die u.a. den Einriss von Trennwänden und Umzüge von einzelnen Referaten vorsehen.

Vom Rektoratsgespräch bezüglich des HFG (Hochschulfreiheitsgesetz) teilt er mit, dass das Rektorat auch etwas kritisch dazu steht, allerdings bei weitem nicht alle Kritikpunkte des AStA teile. So finde Rektor Timmermann den Hochschulrat gut, „da damit bestehende Blockaden überwunden werden könnten“. Ein Schelm, der böses dabei denkt...

Janosch Stratemann (Vorsitz und HoPo, ghg*ol) muss leider berichten, dass die Veranstaltungswoche, die parallel zur Urabstimmung stattfinden sollte, nicht im geplanten Umfang stattfinden kann, da es zuerst keine Antworten auf die Anfragen an ReferentInnen gab und dann eine Menge Absagen. Allerdings wird die Veranstaltung mit Prof. Hallermann am Mittwoch, den 26.04., um 18 Uhr in H12 stattfinden zum Thema HFGG aus juristischer Sicht.

Außerdem hat das Rektorat mitgeteilt, dass der Jahresempfang in diesem Jahr in Richtung Herbst verschoben. Wahrscheinlich befürchtet das Rektorat Aktionen der Studierenden und hofft so auf vorlesungsfreie Zeit und Entspannung.

Er arbeitet derzeit an einem Reader zu Studiengebühren und hat dazu schon ein Konzept mit Stefan Bröhl besprochen, der ja seinerseits einen Reader zu Studienkonten erarbeitet hat. Da es allerdings noch keinerlei ähnliche Reader zum HFGG gibt, muss er hier Basisarbeit leisten. Es soll 3 Kapitel geben (historischer Abriss zur Landesgesetzgebung, lokale Entwicklungen und Stand, konkrete gesetzliche Details und Handlungsmöglichkeiten für die Studierenden).

Am 2.Mai wird es eine bundesweite Demos gegen die Privatisierung im Bildungsbereich geben.

Eine erste RVO (Rechtsverordnung) zum HFGG ist gerade vom Ministerium verschickt worden. Leider wurden entgegen anderslautender Ankündigungen Absprachen des Ministeriums mit dem LandesAStenTreffen (LAT-NRW) nicht eingehalten und die Studierendenschaften komplett übergangen.

Zudem berichtet Janosch, dass es derzeit im LAT immer wieder zu Beschlussblockaden „eines Aachener AStA“ komme, was die landesweite Arbeit beeinträchtige.

Anfang März habe es zudem die Mitgliederversammlung des fzs mit dem Themenschwerpunkt Diskriminierung gegeben. Leider sei hier nicht genug Vorarbeit geleistet worden und auch auf der MV habe es keine bedeutenden Fortschritte gegeben. Deshalb wurde eine Kommission eingerichtet, um sich damit näher auseinanderzusetzen. Hier wolle sich der AStA einklinken und Personen in diese Kommission entsenden.

Stefan Bröhl hat hierzu eine Nachfrage. Er kenne aus seiner eigenen AStA-Zeit den fzs und dessen Probleme. Obwohl er wisse, dass ein Dachverband immer nur so gut und aktiv sein könne wie seine Mitglieder, stellt er die Frage nach der Handlungsfähigkeit des fzs, denn Geschäftsordnungsschlachten und Vertagungsstrategien seien auf Mitgliederversammlungen gängig und vermittelten ihm nur bedingte Handlungsfähigkeit.

Jan Binder war Teil der Delegation des AStA und für ihn war dies eine neue Erfahrung. In der Tat seien die Formalia oft verwirrend und irreleitend, allerdings stellt er die Frage, ob ein Austritt der Uni Bielefeld die Situation verbessern würde.

Janosch Stratemann betont, dass sich der AStA in den fzs einbringen und mitnichten eine stillschweigende Mitgliedshochschule sein werde.

Thomas Siebenmorgen hält eine Diskussion für sinnvoll, diese solle vor allem ergebnisoffen sein.

Christian Osinga möchte gerne wissen, welchen Zweck eine solche Debatte habe. Sicher gebe es bei diesem Thema große Wissensunterschiede, alleine schon zwischen Personen, die schon einmal auf einer MV oder AS-Sitzung gewesen seien und denen, die ihre Informationen nur aus zweiter Hand hätten.

Thomas Siebenmorgen hält es gerade für wichtig, über den Dachverband zu diskutieren, um gerade den Wissensstand anzugleichen und damit Klarheit zu schaffen.

Stefan Bröhl pflichtet Thomas Siebenmorgen bei, und stellt in Aussicht, diese Debatte nicht jetzt führen zu müssen. Bei entsprechender Vorbereitung könne dies in einem eigenen TOP auf einer Folgesitzung geschehen.

Deshalb macht **Martin Isbruch** den Vorschlag, eine solche ergebnisoffene Debatte zu führen, sobald der AStA einen kurzen schriftlichen Bericht verfasst und damit Input geliefert habe.

Dem pflichten alle Anwesenden bei, sodass **Janosch Stratemann** seinen Bericht fortsetzt. Natürlich habe sich der AStA auch mit dem HFG auseinandergesetzt, dies werde allerdings später als eigener TOP behandelt.

Es habe einen Streit zwischen AStA und Fachschaft WiWi gegeben, da diese eine Vollmacht zur Durchführung einer AudiMin-Party haben wollte, der AStA allerdings diese nicht geben wollte. Daraufhin kündigte die Fachschaft die Klärung auf dem

Rechtsweg ein. Es werde diesbezüglich ein klärendes Gespräch zusammen mit Hr. Körber geben.

Christian Osinga denkt, dass dieser Rechtsweg wahrscheinlich mit einem klärenden Gespräch mit Dez. II erschöpft sei, da die Fachschaft keine rechtsfähige Person darstelle.

Dirk Behringer (MITTE) möchte doch den formaljuristischen Hintergrund geklärt und erläutert haben.

Vanessa Kleinekathöfer teilt mit, dass der Grund eine alte WestEnd-Party ist, bei der ein Defizit entstanden ist. Die erwarteten Gewinne der AudiMin-Party seien Teil der Rückzahlung an den AStA.

Martin Isbruch berichtet, dass dieses Thema schon auf dem letzten TaF (Treffen aller Fachschaften) von den WiWis mitgeteilt wurde. Es gehe seiner Ansicht in erster Linie um die Haftung für Schäden. Die bisherige Regelung habe seiner Ansicht nach den Vorteil, dass sich aufgrund der Rückführung der Haftung auf Einzelpersonen weniger Schäden ereigneten, da diese darauf bedacht seien, dass alles ordentlich ablaufe. Ein Klageweg und –ziel könnte eine von den Fachschaften ungewollte Fachschaftsrahmenordnung sein, die dann verordnet werden könne. Dies sei wohl für keinen der Beteiligten wünschenswert.

Johannes Geuter, der auch in der Fachschaft Psychologie aktiv ist, bestätigt Martins Aussage, denn letzteres könne wohl kaum Ziel einer Klage sein, wo sich doch mittlerweile alle Fachschaften gegen diese Rahmenordnung aussprechen.

Als weiteres Schmankerl fügt **Janosch Stratemann** hinzu, dass es AudiMin-Parties in Zukunft nur noch unter der Auflage geben wird, dass mindestens eine Prodiac-Person ständig anwesend ist und die Veranstaltung schützt. Diese sollen die Parties überwachen und gegebenenfalls das Recht haben, die Veranstaltung zu beenden. Hierbei ist eine Staffelung vorgesehen. Bei bis zu 200 erwarteten Gästen muss 1 Person angeheuert werden, bei bis zu 360 erwarteten Gästen 2 Sicherheitsleute. Kosten pro Person liegen bei 95 Euro. Zudem ist damit auch festgesetzt, dass sich nur 360 Personen im AudiMin aufhalten dürfen.

Martin Isbruch fügt hinzu, dass hier die Details noch geklärt werden müssten. Klar sei aber ein deutlicher Anstieg der Fixkosten, und deshalb werden die AudiMin AG allen VeranstalterInnen empfehlen, den Bierpreis von 1,00 auf 1,50 Euro anzuheben, um die Extrakosten auffangen zu können. Dies habe auch etwas mit den erhöhten Zuliefererkosten zu tun. Auch überlege die AudiMin AG, ob die Ausgabe von branntweinhaltigen Getränken untersagt werden müsse, da es hier einen klaren Zusammenhang mit Sachschäden gebe.

Thomas Siebenmorgen äußert seine Bedenken, dass dies zu erheblichen Einnahmeverlusten führen könne.

Christian Osinga sieht auch einen Zusammenhang zwischen hartem Alkohol und Schäden, obwohl er persönlich anders auf Alkohol reagiere.

Jan Binder fragt, ob es überhaupt rechtlichen Spielraum gebe, oder ob die Auflagen der Verwaltung unverrückbar seien.

Sven Goedde findet es höchst bedenklich, dass eine Zwangsanstellung von Sicherheitspersonal angeordnet wird.

Martin Isbruch unterstreicht, dass die Haftung für Schäden durch die AStA-Versicherung zu Nachlässigkeiten bei der Schadensverhinderung führe. Zudem stellt er klar, dass die Hochschulleitung das Hausrecht besitze und auch die Option des Verbots aller Parties habe.

Dirk Behringer gibt zu bedenken, dass Parties schon jetzt finanziell schwer zu kalkulieren seien und ein nicht unerhebliches Risiko in sich bergen. Deshalb müsse überlegt werden, ob nicht durch Kartenvorverkauf und den Einsatz von studentischen Ordnungskräften der Verwaltung entgegen gekommen werden könne. Zudem sieht er bei Entzug der Haftung für Schäden über die AStA-Versicherung die Party-Vielfalt gefährdet, da sich dies dann viele nicht mehr aufgrund des Risikos leisten könnten.

Sven Goedde bestreitet einen Zusammenhang zwischen AStA-Versicherungsschutz und dem Volumen von Schadensersatzforderungen seitens der Uni-Verwaltung. Die Uni habe immer ihr Geld für Schäden erhalten, also gebe es keinen Grund, sich jetzt darum Sorgen zu machen. Zudem sei es nicht von der Hand zu weisen, dass sich die Uni über die Schadensberichte renoviere.

Ron Hülskötter fordert, dass evaluiert werden müsse, ob die Sicherheitsleute überhaupt etwas bringen würden. Dies müsse gerade von studentischer Seite kritisch begleitet werden.

Götz Frommholz (RCDS) hätte gerne gewusst, welche Möglichkeiten es denn konkret gebe. Denn herumspekulieren und –reden bringe einen da nicht weiter.

Christian Osinga stellt klar, dass der Raum „AudiMin“ der Universität gehöre, und die Studierendenschaft diesen jediglich *nutze* unter den gegebenen Bedingungen. Er hält es deshalb für sinnvoll, diese Thematik noch einmal direkt mit dem Kanzler zu besprechen.

Götz Frommholz unterstreicht, dass Zusatzkosten für Fachschaften auf jeden Fall vermieden werden sollten. Er bittet Martin Isbruch, als StuPa-Vorsitzender und AudiMin-Person, Gespräche zu führen, „um wieder Realitätsbezug herzustellen“ und die Maßnahmen rückgängig zu machen.

Stefan Bröhl fügt hinzu, dass für ihn die Entscheidung, zwischen einem höheren AStA-Versicherungsbeitrag aufgrund von Schadensabwicklung der AudiMin-Parties und einem Verlust der Vielfalt von Parties aufgrund eines gestiegenen finanziellen Risikos, klar für den potentiell steigenden Versicherungsbeitrag fallen würde, um auch kleinen Fachschaften und Hochschulgruppen die Durchführung von Parties zu ermöglichen, ohne dass Privatpersonen damit rechnen müssen, sich finanziell ruinieren zu können. Sicher gebe es natürlich immer das Problem von TrittbrettfahrerInnen, die dies ausnutzen könnten, dies sei aber hier in Kauf zu nehmen.

Christian Osinga meint dagegen, dass es ein solches Problem von TrittbrettfahrerInnen in seiner Wahrnehmung nicht gebe.

Zudem berichtet er, dass sich bei den Mensa-Parties etwas Neues ergeben habe. Es

werde zuerst zwei Parties im SoSe 06 geben, eine von der Langzeitstudierendenvereinigung (in 2 Wochen) und eine weitere vom Förderverein WiWi (3 Wochen später). Hier soll das neue Konzept getestet werden. Laufen die beiden Parties nach den Erwartungen des Studentenwerkes, soll es wieder regelmäßig zwei oder drei Mensa-Parties pro Semester ab WiSe 06/07 geben.

Auf die Nachfrage von **Stefan Bröhl** erläutert **Christian Osinga** das neue Konzept kurz. So wird neben der Mensa auch das AudiMin genutzt sowie der Bereich vor den beiden Räumen. Hier soll ein Bauzaun aufgestellt werden und am Eingang in der Halle eine Kasse stehen. Die Anzahl der sich in der Mensa befindlichen Personen wird durch zählende Personen überwacht, sobald 1400 Personen in der Mensa sind, wird das AudiMin geöffnet. Somit könnten dann 1400 plus 360 plus 300 (abgesperrter Bereich in der Halle) Gäste ohne weiteres an der Party teilhaben. Die Veranstalter gehen davon aus, dass dies ausreichen wird.

Sven Goedde möchte wissen, was aus der Anfrage bezüglich der Video-Überwachung geworden ist.

Martin Isbruch entschuldigt sich, dass es da Verzögerungen seitens des StuPa-Vorsitzes gegeben hat und auch keine Antwort vorliege. Allerdings geht er auch davon aus, dass Kanzler Simm eine Klage an der Uni Münster bezüglich Video-Überwachung abwartet, um aufgrund der geklärten Rechtslage zu antworten.

TOP 6: Berichte aus Senat und Kommissionen

Janosch Stratemann berichtet, dass es bisher keine Sitzung der OE-Kommission gegeben habe, allerdings ein Kennenlertreffen, was recht positiv gelaufen sei.

Thomas Siebenmorgen berichtet aus der Urabstimmungskommission, dass die Urabstimmungsordnung dringend überarbeitet werden muss, da sie auf die alte Wahlordnung referiert, es dort allerdings Änderungen gegeben hat. Allerdings habe die Kommission mit Dez. II alle Unklarheiten geklärt und den Ablauf abgesprochen. Zudem sei David Maus aus persönlichen Gründen zurückgetreten. Allerdings helfe Mehdi Salehi der Kommission bei den Vorbereitungen, weshalb die Kommission eine Nachnominierung vorschlägt. Dies geht allerdings formell nicht auf dieser Sitzung.

Jens Hellmann fragt nach, ob das Quorum der Urabstimmung wirklich bindend ist.

Daraufhin meint **Martin Isbruch**, dass es dies formaljuristisch wahrscheinlich nicht sei, allerdings moralisch auf jeden Fall. Wobei durch Satzung der Studierendenschaft das Quorum bindend für die Arbeit von StuPa und AStA sei.

Für **Sven Goedde** kommt dies einer Selbstentmachtung des StuPa gleich.

Darauf entgegnet **Stefan Bröhl**, dass dies allerdings durch die Satzung der Studierendenschaft so klar geregelt sei, und dort die Urabstimmung als höchste beschlussfassende Instanz der Studierendenschaft klar definiert sei. Folglich sei eine Urabstimmung auch eine sehr ernste Angelegenheit.

Christian Osinga fügt hinzu, dass das bindende Quorum auch durch das HG (Hochschulgesetz) vorgesehen sei.

Aus der LeKo berichtet **Thomas Siebenmorgen**, dass der Bericht von Hr. Jablonski

diskutiert wurde. Allerdings wurde kein Ergebnis gefunden. Hr. Jablonski sieht dabei das Problem nicht beim ekvv, sondern bei der Sturheit der Lehrenden und der Fakultäten. Deshalb müsse seiner Meinung nach ein Kostenmodell her. Dagegen habe sich allerdings Thomas ausgesprochen, allein schon aufgrund der Terminologie.

Mouna Amrani (UNIted) ergänzt, dass es zudem Verfälschungen beim Datenmaterial gebe. So wären einige Studierende verpflichtet, sich über das ekvv zu Veranstaltungen anzumelden, in anderen Fakultäten allerdings sei dies freiwillig. So sei in der Tat der Grund für Probleme eher bei Lehrenden und Fakultäten zu suchen als beim ZfL.

Aus der Bibliothekskommission berichtet **Anna Nighbur**, dass sie auf der nächsten Sitzung die Zusammenarbeit zwischen der Bibliothek und Google hinterfragen wird, da es dort keine klaren Informationen gibt.

Abschließend stellt **Christian Osinga** einen

GO-Antrag auf Aufnahme eines neuen Tagesordnungspunktes TOP 7neu „Wahlen und Nominationen“, um Mehdi Salehi zumindest das Vertrauen bei der Mitarbeit in der Urabstimmungskommission auszusprechen.

Es gibt keine inhaltliche oder formelle Gegenrede.

Damit ist der GO-Antrag angenommen.

TOP 7neu: Wahlen und Nominationen

Christian Osinga möchte **Mehdi Salehi** das Vertrauen bei der Mitarbeit in der Urabstimmungskommission aussprechen. Da der TOP bei Verschickung der Einladung nicht angekündigt wurde, kann die Nomination nicht formal durchgeführt werden.

Da es keinen Bedarf nach Aussprache gibt, leitet der StuPa-Vorsitz die Wahl ein.

Damit ist Mehdi Salehi das Vertrauen ausgesprochen worden. Die formale Nomination wird in der nächsten Sitzung des StuPa durchgeführt.

TOP 8neu: Bestätigung der Satzung des Referats für Studierende mit Behinderungen und chronischen Erkrankungen (RSB)

Stefan Bröhl hat einen Abschnitt in §5 Absatz 1 Satz 4 der Satzung nicht verstanden. Dort wird plötzlich von „Gesprächsführung“ gesprochen, er geht allerdings davon aus, dass damit die „Geschäftsführung“ gemeint ist, was auch kontextuell passen würde.

Da leider kein Mitglied des RSB anwesend ist, und die Satzung in dieser Form von der Vollversammlung verabschiedet wurde, sind sich alle Anwesenden darüber einig,

dass dies nicht einfach so vom StuPa geändert werden kann.

Jan Rick (ghg*ol) fügt hinzu, dass die Vollversammlung gut angekündigt wurde, und **Johannes Geuter** fügt hinzu, dass diese auch gut besucht war. Die Satzung wurde ca. eine Stunde vorgestellt und bearbeitet und schließlich in der vorliegenden Form verabschiedet.

Martin Isbruch stellt den Antrag, „Gesprächsführung“ durch „Geschäftsführung“ zu ersetzen, vorbehaltlich einer Bestätigung dieser Änderung durch das RSB.

Dagegen gibt es keine Widerspruch. Also wird abgestimmt:

Damit hat das StuPa die Satzung des RSB bestätigt vorbehaltlich der oben artikulierten Frage und einer diesbezüglichen Bestätigung seitens des RSB.

TOP 9neu: Bestätigung der ReferentInnen des RSB

Die Vollversammlung des RSB hat **Faraj Remmo** und **Andrea Herold** zur Geschäftsführung gewählt. Zudem wurden 3 weitere Personen gemäß Satzung kooptiert.

Martin Isbruch schlägt eine Wahl en bloque vor. Zudem verweist er darauf, dass die beiden auf einer vergangenen Sitzung des StuPa anwesend waren und dort sich und das Referat ausführlich vorgestellt haben.

Dagegen regt sich kein Widerspruch, folglich wird abgestimmt.

Damit bestätigt das Studierendenparlament Faraj Remmo und Andrea Herold als Geschäftsführung des RSB.

TOP 10neu: Aktueller Stand der Verhandlungen zum Semesterticket

Thomas Siebenmorgen berichtet als Vorsitzender der Verkehrskommission, dass die Verkehrsgruppe die Verkehrsunternehmen zu einem Gespräch in der KW 16 angesprochen hat, allerdings diese wiederum den frühesten Termin auf das Ende von KW17 angeboten haben. Deshalb gebe es noch kein Angebot und auch über den konkreten Verhandlungsstand nichts zu berichten.

Auf der gemeinsamen Sitzung von Verkehrskommission und Verkehrsgruppe wurde allerdings diskutiert, dass weitere Preiserhöhungen nur über Boni mitgemacht werden könnten. So sei es in anderen Semesterticketbereichen auch möglich, dass am Wochenende eine weitere Person über das Ticket mitgenommen werden könne oder die Fahrradmitnahme ohne Aufschlag möglich sei.

Johannes Müller fragt nach dem Stand des NRW-Tickets.

Darauf entgegnet **Thomas Siebenmorgen**, dass dies erst einmal hinten angestellt

werden müsse, und es auch verschiedene Meinungen bezüglich der Sinnhaftigkeit und Umsetzung eines solchen Tickets allein in diesem Gespräch gab. Nichtsdestotrotz solle dies zu einem anderen Zeitpunkt diskutiert werden, meint er.

TOP 11neu: Änderung der Wahlordnung

Es liegt ein Änderungsantrag des Wahlleiters **Lars Gerlach** (Kompass) vor:

„§14, Abs. 3: Satz 1 wird ersetzt durch: „Der Stimmzettel enthält die Listennamen und ihre Abkürzungen mit den Namen der Kandidatinnen und Kandidaten sowie einen Hinweis auf das Verfahren der Stimmabgabe. Die Reihenfolge der Listen auf dem Stimmzettel wird von der Wahlkommission durch das Los ermittelt.“

Christian Osinga erläutert diesen Antrag kurz. Bisher bestimmte der Zeitpunkt der Abgabe der Wahlvorschläge die Reihenfolge. Dies führte zu sonderbarem Abgabeverhalten. Die Festlegung der Reihenfolge wurde schon bei der letzten Wahl durch Los bestimmt, da diese sich einig war, dass dieses Verfahren fairer und transparenter sei, und zudem dachte, die Änderungen sei vom 30ten StuPa beschlossen worden.

Stefan Bröhl ergänzt, dass er dies noch einmal in den Unterlagen des 30ten StuPa nachgeschlagen habe und zu der Erkenntnis gekommen sei, dass es den von ihm damals gestellten Änderungsantrag zwar in den Unterlagen gebe, allerdings keinerlei Unterlagen zu der damaligen StuPa-Sitzung wohl im AStA-Sekretariat als auch bei Dez. II zu finden seien. Und folglich sei die damalige Änderungen auch nicht veröffentlicht worden. Deshalb solle dies heute geschehen.

Johannes Müller findet, dass die Reihenfolge auch aufgrund der Wahlergebnisse des Vorjahres erstellt werden könnten, da durch die Vielzahl an Listen die Wahl zu unübersichtlich sei. So könne eine Orientierung gegeben werden.

Dem widerspricht **Jens Hellmann** entschieden, denn dies führe seiner Meinung zu einer Benachteiligung neu antretender Listen. Diese Ansicht wird von zahlreichen anderen Personen geteilt, deshalb zieht Johannes den Vorschlag zurück.

Da es keinen weiteren Aussprachebedarf gibt, stellt der StuPa-Vorsitz die vorliegende Änderung der Wahlordnung zur Abstimmung:

Damit ist diese Änderung angenommen.

TOP 12neu: Allgemeine Studiengebühren („Studienbeiträge“) an der Universität Bielefeld

Mouna Amrani und **Thomas Siebenmorgen** berichten aus der Uni-LeKo, die vom Senat mit dem Auftrag der Erarbeitung einer Gebührensatzung betraut wurde. Die Beiden machen zuerst einmal klar, dass es eine studentische Beteiligung nur dann geben werde, wenn eine Abwendung der Einführung nicht mehr zu verhindern sei. Bisher hat die LeKo erst einmal dazu beraten, weitere Termine sind aber angesetzt. Es werden Anhörungen von Sachverständigen durchgeführt, so auf der letzten Sitzung zu Studienkonten und Bafög Hr. Noske (Leiter Bafög-Abteilung Studenten-

werk), Hr. Burchert und Hr. Drees (Studierendensekretariat) und Stefan Bröhl (Studienkontenberatung des AStA). Durch die Sachverständigen sollen juristische und soziale Hintergründe in Erfahrung gebracht werden, da einige ProfessorInnen kundgetan haben, dass sie eine „Sozialverträglichkeit“ als Bedingung für ein Votum für eine Gebührensatzung ansehen.

Die LeKo soll verschiedene Modelle erarbeiten, zwischen denen sich dann der Senat entscheiden kann. Laut Ingo Bowitz mache eine reine Blockade keinen Sinn, da es dann sein könne, dass die Angelegenheit an die Finanzkommission weitergeleitet werden, in der ganz andere Mehrheitsverhältnisse und Ziele vorherrschen.

Wiebke Esdar (StuPa-Vorsitz, JuSo HSG) fragt, ob es schon einen Zeitplan für die Einführung gebe.

Dies wird entschieden bestritten, da es noch Spielraum gibt durch die Verschiebung der Entscheidung im Senat.

Jan Rick möchte gerne wissen, welche „Gruppen von Betroffenen“ definiert worden sind.

Bisher seien dies internationale Studierende, Bafög-EmpfängerInnen, Studierende mit Kind und v.a. Alleinerziehende, Studierende mit Behinderung.

Jan Rick meint, dass dies noch lange nicht alle besonders Betroffenen umfasst und bittet deshalb darum, noch einmal herumzufragen, wo es weitere Probleme geben wird.

TOP 13neu: Stellungnahme zum Hochschulfreiheitsgesetz

Christian Osinga sitzt in der Grundordnungskommission des (Erweiterten) Senats und diese Kommission wurde vom Senat damit beauftragt, eine Stellungnahme zu schreiben. Dies war aus Sicht von Christian recht positiv, da die Kommission aus 8 Personen besteht und viertelparitätisch besetzt ist. Die Stellungnahme wurde im Senat diskutiert und verändert, leider zu Ungunsten der nicht-professoralen Statusgruppen und ist auf der Uni-Homepage einsehbar.

Daraufhin berichtet **Stefan Bröhl** kurz von der letzten Sitzung des Senats der FH Bielefeld. Dieser hat dem HFG eine klare Absage erteilt, und sieht mehrheitlich auch keinen Sinn darin, sich als konstruktiver Partner dem Ministerium anzubieten, da die Stossrichtung des Gesetzes klar zu Ungunsten der Hochschule geht. Daher wurde mehrheitlich beschlossen, sich dagegen auszusprechen. Er meint, damit habe die FH das Kräfteverhältnis und die eigene Position besser eingeschätzt als der Senat der Uni, der ja versucht, konstruktive Vorschläge zu machen.

Christian Osinga pflichtet Stefan Bröhl insofern bei, dass es beim Ministeriums erwiesenerweise eine Beratungsresistenz gebe, wie schon bei der letzten HG-Novelle und diversen anderen Gesetzen klar geworden ist. Und er findet es schade, dass durch die professorale Mehrheit viele Passagen aus der Stellungnahme der Grundordnungskommission herausgenommen wurden.

Auch **Janosch Stratemann** sieht auch eine Beratungsresistenz beim Ministerium und stellt kurz die vorliegende Stellungnahme des AStA zum HFG vor.

Jens Hellmann hätte einiges bei der vorliegenden Stellungnahme anders gemacht, findet aber die Stossrichtung insgesamt gut und richtig.

Laut **Martin Isbruch** haben die Fachschaften das Gesetz auf dem letzten TaF abgelehnt, „da es nicht bringe und nicht zielführend sei“, vielmehr kontraproduktiv gegen sei selbst veranschlagten Ziele.

Der AStA fragt daraufhin, ob das StuPa die Stellungnahme des AStA mittragen würde.

Der StuPa-Vorsitz formuliert den Antrag „Das Studierendenparlament unterstützt die Stellungnahme des AStA zum Hochschulfreiheitgesetz.“.

Dies ist somit beschlossen.

TOP 14neu: Behinderung der Arbeit des Studierendenparlaments durch das Rektorat

Martin Isbruch hat über das Procedere und die Umstände der Raumvergabe bzw. der Verweigerung der Raumvergabe des Senatsraums bereits per mail informiert. Das Rektorat gibt als Grund an, dass in Folge der Besetzung des Rektorates im Februar keine Räume in diesem Bereich der Hochschule mehr vergeben würden, sofern sich die Nutzung außerhalb der üblichen Bürozeiten befinde. Er ist gespannt, ob sich dies bei der nächsten Sitzung des StuPa wiederhole.

Suzanna Elizalde fragt nach, ob sich das Rektorat zur Beschwerde des StuPa-Vorsitzes geäußert habe.

Christian Osinga verneint dies, außer dem vorliegenden Brief des Rektorats habe es keine weitere Stellungnahme gegeben.

Christian Hermelingmeier (RCDS) fand die Stellungnahme des StuPa-Vorsitzes überzogen artikuliert. Es habe Verständnis dafür, dass es seitens der Hochschulleitung Bedenken und Angst gebe.

Dagegen meint **Sven Goedde**, dass ein derartige Ton für Pressearbeit unerlässlich sei, damit es überhaupt Beachtung finde und gedruckt werde. Zudem sei dieser angebotene Raum C0-166 der „schlimmste Raum nach der Besenkammer im Maushaus“, aufgrund fehlender Fenster und miserabler Akustik. Auch eine Öffentlichkeit der Sitzung sei durch derartige Raumvergabe blockiert, schließlich sei der Bereich um den Raum aufgrund der WestEnd-Party abgeriegelt.

Martin Isbruch fügt dem hinzu, dass das StuPa natürlich schon in anderen Räumen getagt habe, wenn der Senatsraum belegt sei. Dies sei allerdings heute gerade nicht der Fall.

Thomas Siebenmorgen erkundigt sich beim AStA, ob das Verhältnis zwischen AStA und Rektorat ähnlich gespannt sei.

Dies können **Suzana Elizalde** und **Ron Hülskötter** nur bestätigen. Außer

Formalitäten bestehe keinerlei Kontakt.

Dagegen sieht **Götz Frommholz** keinerlei Einschränkung der politischen Arbeit durch diese Raumvergabe. Zudem gibt er zu Bedenken, dass „man damit rechnen müsse, dass zurückgeschossen werden, wenn man querschiesst“. Sich dann darüber zu beklagen entbehre seiner Meinung jeglicher Grundlage.

Jens Hellmann sieht dagegen die Angst des Rektorats als ungegründet. Das Rektorat sollte sich vielmehr einmal ernsthaft mit den Strukturen und Akteuren des Widerstands auseinander setzen.

Jan Binder findet das Vorgehen des StuPa-Vorsitzes angemessen, denn die Mittel des Vorsitzes seien nun mal begrenzt

***GO-Antrag Sven Goedde auf Ende der Redeliste
formale Gegenrede Martin Isbruch***

Damit ist die Redeliste geschlossen und wird abgearbeitet.

Johannes Müller sieht Transparenz und demokratische Strukturen durch das Verhalten des Rektorats gefährdet. (*zustimmendes Klopfen des UNIted-Blocks*)

Christian Osinga gibt zu Bedenken, dass das StuPa früher weniger Probleme mit der Größe von Ausweichräumen gehabt habe, da die Sitzung auch wesentlich schlechter besucht worden seien. Allerdings seien jetzt im Schnitt deutlich mehr Mitglieder und Gäste anwesend, so dass durch Überfüllung der Räume eine Unwürdigkeit der Diskussion entstehe...

(Zwischenruf Thomas Siebenmorgen: „Das sind Sachzwangargumente, die nutzt der Rektor auch!“)

Woraufhin **Christian Osinga** damit endet, dass die Sicherheitbedenken nur vorgeschoben seien, um eine Schikane aufzubauen. Dies könne auf Stellungnahmen und die Rücktrittsforderung des StuPa an den Rektor durchaus zurückzuführen sein.

Mit dem Ende der Redeliste endet der TOP und der nächste wird eröffnet.

TOP 15neu: Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

TOP16: Sonstiges

Stefan Bröhl hat gehört, dass es zu unerfreulichen Ereignissen im Rahmen der Grottemeyer-Kommission für gute Lehre gekommen sei. So sei bereits nach einer Sitzung eine Person bestimmt worden, und es hätten zahlreiche studentische Mitglieder gefehlt, ohne dies den anderen studentischen Mitgliedern vorher mitzuteilen, so dass auch keine Vertretung teilnehmen konnte.

Johannes Geuter, der eines der fehlenden Mitglieder der Kommission war, entschuldigt sich für sein Fehlen, er habe den Termin wohl verschwitzt. Jessica

Schiebel sei allerdings entschuldigt, da sie ein Praktikum durchgeführt habe, und die Einladung erst recht spät beim AStA ankam. Auf jeden Fall sei „die Sache blöd gelaufen“, allerdings sei es wohl üblich seitens der nicht-studentischen Mitglieder auf einer Sitzung bereits die/den PreisträgerIn festzulegen. Dies halte er selbst für nicht nachvollziehbar, da es der Sache nicht genüge tue.

Wiebke Esdar findet es auch ärgerlich, dass durch eine Unachtsamkeit die studentischen Mitglieder in eine Unterzahl geraten sind und dadurch ihre Position geschwächt haben.

Daraufhin stellt **Christian Osinga** klar, dass es deshalb auf jeden Fall ein studentisches Vortreffen geben muss, gerade um derartige Probleme zu vermeiden und sich koordiniert und gegebenenfalls auch arbeitsteilig vorzubereiten.

Auch **Sven Goedde** hält es für unerlässlich, sich besser zur koordinieren und auch Erfahrungsberichte der letzten Jahre zu berücksichtigen, damit die aktuell in der Kommission sitzenden Personen wissen, wie das Verfahren läuft und worauf mensch besonders acht geben sollte.

Daraus zieht **Johannes Geuter** den Schluss, dass sich die Studierendenschaft einmal grundsätzlich mit dem derzeitigen Verfahren auseinandersetzen sollte und Vorschläge oder Forderungen stellen sollte, wie das Verfahren ablaufen sollte. Damit könnte auch eine dezidiertere Beurteilung möglich sein, durch Rückkopplung mit Fachschaften und Besuchen von Lehrveranstaltungen.

Abschließend schlägt deshalb **Christian Osinga** vor, ein Handout zu erstellen, um all das Gesagte komprimiert den zukünftigen Kommissionsmitgliedern an die Hand zu geben.

Zudem kündigt er an, dass im Rahmen der Mensa-Party der Langzeitstudierendenvereinigung am 26ten April auch um 18 Uhr in H16 eine Veranstaltung bzw. Podiumsdiskussion zum Hochschulfreiheitsgesetz stattfinden wird. Alle sind herzlich eingeladen.

Suzana Elizalde möchte sich abschließend für ihre Wahl zur Vorsitzenden des AStA bedanken, da ihr die Tätigkeit viel Spass gemacht habe. Sie werde zwar noch bis zur nächsten Sitzung des StuPa im Amt sein, allerdings könne sie sich nicht dafür verbürgen, ob sie auch anwesend sein werde.

Daraufhin schließt der StuPa-Vorsitz die Sitzung gegen 22:40 Uhr und wünscht viel Spaß auf der WestEnd-Party oder alternativ einen guten Heimweg.

Hiermit versichere ich, diese Protokoll nach bestem Wissen und Gewissen verfasst zu haben.

Bielefeld, den 09.05.06

Stefan Brühl

Genehmigt auf der 13. Sitzung des 32. Studierendenparlaments am 22. Juni 2006.
gez. Martin Isbruch
(StuPa-Vorsitz)

Anlagen:

-Anwesenheitsliste der 9ten Sitzung des StuPa

32. Studierendenparlament der Universität Bielefeld

9. Sitzung am 12. April 2006

A n w e s e n h e i t s l i s t e

Stimmberechtigte Mitglieder/StellvertreterInnen:

<i>Name</i>	<i>von</i>	<i>bis</i>	<i>Name</i>	<i>von</i>	<i>bis</i>
uniLinks (2 Sitze)			THG (2 Sitze)		
---			Stefan Bröhl	19:15	22:40
---			---		
RCDS (4 Sitze)			ghg*ol (10 Sitze)		
Annika-Mareike Kielisch	19:15	22:40	Martin Isbruch	19:15	22:40
Christian Hermelingmeier	19:20	22:40	Janina Neufeld	19:15	22:40
Götz Frommholz	19:15	22:40	Lisa Henke	19:15	22:40
Natalia Cristea	19:15	22:40	Jan Rick	19:30	22:40
KOMPASS (1 Sitz)			Johannes Müller	19:15	22:40
Christian Osinga	19:15	22:40	Jens Hellmann	19:15	22:40
LSI (1 Sitz)			Sven Goedde	20:15	22:40
---			---		
UNited (5 Sitze)			---		
Thomas Siebenmorgen	19:15	22:40	---		
Jan Binder	19:15	22:40	Juso-HSG (2 Sitze)		
Mouna Amrani	19:20	21:55	Jan-Hendrik Terstegge	19:15	22:40
Jumber Totiauri	19:15	22:40	Wiebke Esdar	19:15	22:40
---			MITTE (2 Sitze)		
			Dirk Behringer	19:15	22:40

ReferentInnen des Allgemeinen Studierendenausschusses:

<i>Name</i>	<i>Referat</i>	<i>von</i>	<i>bis</i>
Susana Elizalde	Vorsitz/Internat.	19:15	22:40
Janosch Stratemann	Vorsitz/HoPo	19:15	22:30
Vanessa Kleinekathöfer	Finanzen	19:15	22:40
Johannes Geuter	Soziales	19:15	22:40
Martin Menacher	Soziales	19:15	22:40
Ron Hülskötter	HoPo	19:15	22:40
Anna Nigbur	Kultur	19:15	22:40

Gez. Martin Isbruch
StuPa-Vorsitz